

## **Geschäfts- und Rechnungsprüfungs- kommission des Gemeinderates Wädenswil**



### **Mitglieder**

Christina Zurfluh Fräfel, Präsidentin  
Beat Wiederkehr, Vizepräsident  
Beatrice Gmür  
Christian Gross  
Christoph Lehmann  
Walter Münch  
Ivo Peyer  
Berti Stocker  
Adrian Stucki

## **Bericht und Antrag zum Voranschlag 2013 der Politischen Gemeinde Wädenswil**

### **A Übersicht**

#### **Allgemeines**

Der GRPK wurde an der Sitzung vom 4. Oktober 2012 die Übersicht zum Budget 2013 von Stadtrat Paul Rota und dem Leiter der Finanzabteilung Ralph Ruoss vorgestellt.

Die Steuereinnahmen 2012 dürften gemäss Hochrechnung höher liegen als prognostiziert. Diese Mehreinnahmen sowie der Aufwertungsgewinn des Darlehens an die Stiftung Spital Zimmerberg führen zu einem voraussichtlichen Aufwandüberschuss von ca. CHF 0.5 Mio. statt der budgetierten CHF 5.6 Mio.. Aufgrund dieser Vorschau dürfte das Eigenkapital Ende 2012 CHF 59.8 Mio. betragen (Eigenkapital am 31. Dezember 2011 von CHF 60.3 Mio.).

Das vom Stadtrat beantragte Budget für das Jahr 2013 weist einen Totalaufwand von CHF 171.9 Mio. (ca. + 3.4% gegenüber Budget 2012) auf. Der erwartete Ertrag wird mit CHF 166.6 Mio. (ca. + 3.7%) veranschlagt. Der erwartete Aufwandüberschuss beläuft sich somit auf CHF 5.3 Mio.. In diesem Aufwandüberschuss sind die ordentlichen Abschreibungen von CHF 7.8 Mio. sowie Zusatzabschreibungen von CHF 3.5 Mio. enthalten.

Die verantwortlichen Kommissionsmitglieder besuchten die Abteilungen der Stadtverwaltung, um das Budget, die NPM Vorgaben und die gestellten Fragen zu besprechen. Diese Abteilungsbesuche sind ein wichtiger Bestandteil und helfen, inhaltliche Fragen zum Voranschlag zu klären.

Die Auswirkungen der Unterdeckung der BVK gibt auch in Wädenswil einiges an Gesprächsstoff und wird in den folgenden Berichten näher beleuchtet.

Die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichsgesetzes (NFA) werden unter dem Punkt „Finanzen“ detailliert aufgeführt und schlagen mit einem Plus von CHF 8.5 Mio. zu Buche. Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 84% (plus 18% OSW).

Auch wenn Nettoinvestitionen von CHF 18.4 Mio. geplant sind, sollte das im vertretbaren Rahmen liegen, da bei Investitionen erfahrungsgemäss meist mit Verschiebungen gerechnet werden muss.

Die GRPK hat den Voranschlag für das Jahr 2013 inklusive den Leistungsaufträgen mit Globalkredit der NPM-Abteilungen in der vom Stadtrat beschlossenen Fassung geprüft. Das vom Stadtrat beantragte Budget weist folgende Grunddaten aus:

• Laufende Rechnung	Aufwand	CHF	171'946'034
	Ertrag	CHF	<u>166'633'397</u>
	Aufwandüberschuss	CHF	5'312'637
• Investitionsrechnung			
	- Verwaltungsvermögen	Ausgaben	CHF 19'859'000
		Einnahmen	CHF <u>1'487'000</u>
	Nettoinvestition	CHF	18'372'000
- Finanzvermögen	Ausgaben	CHF	110'000
	Einnahmen	CHF	<u>0</u>
	Nettoinvestition	CHF	110'000
• Zusatzabschreibung Verwaltungsvermögen			
- steuerfinanzierter Bereich		CHF	2'000'000
- gebührenfinanzierter Bereich		CHF	1'473'043
• Einfacher (100%iger) Gemeindesteuerertrag		CHF	48'500'000
Steuerfussertrag von 84 %		CHF	40'740'000
• Eigenkapitalentnahme		CHF	5'312'637

Die GRPK stellt fest:

- Der Voranschlag 2013 der Politischen Gemeinde inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der NPM-Abteilungen ist unter Berücksichtigung der Anträge auf Seite 17 bis 19
  - finanzrechtlich zulässig und
  - finanziell angemessen
- Der Aufwandüberschuss wird mit einem Steuerfuss von 84% des einfachen Gemeindesteuerertrages und der Eigenkapitalentnahme gedeckt.

### Abschluss / Finanzierung / Verschuldung / IKS

Die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung ergeben einen voraussichtlichen Aufwandüberschuss von CHF 5.3 Mio. (Voranschlag 2012: CHF 5.6 Mio., Hochrechnung 2012: CHF 0.5 Mio. Aufwandüberschuss).

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt voraussichtlich 26.7% (HR 2012: 23.4%). Im 10-jährigen Mittel befindet sich dieser bei rund 80%. Damit wird der angestrebte langjährige Mittelwert von 100% nicht mehr erreicht. Die Tendenz ist kurzfristig betrachtet noch nicht Besorgnis erregend, ermahnt aber Stadt- und Gemeinderat, die Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen zu gestalten.

2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	10 J.-Ø
44.7%	36.5%	110.1%	296.2%	114.8%	182.5%	179.5%	39.3%	23.4%	26.7%	80.8%

- Kennzahlen pro Einwohner

In CHF	2011	2012 (HR)	VA 2013
Nettovermögen pro Einwohner	1'109	471	- 242
Nettoinvestition VV pro Einwohner	735	840	861

- IKS, Controlling, NPM

Für die Einführung des IKS (Internes Kontrollsystem) wurden CHF 15'000 für externe Beratungskosten und die IKS-Softwarelösung budgetiert. Es wurde bereits vor einigen Jahren (2003) entschieden, ein IKS einzuführen, jedoch ist dieses Projekt noch nicht umgesetzt worden. Es fehlen somit die Hilfsmittel für ein abteilungsübergreifendes Controlling als Führungsinstrument. Aus heutiger Sicht sind keine zusätzlichen Controlling-Instrumente oder Stellenerhöhungen im Controllingbereich geplant. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern der Stadt und der GRPK wurde nun ins Leben gerufen, welche sich den Themen IKS, Controlling und NPM (Leistungsaufträge mit Globalbudget) widmet.

- Empfehlungen und Anträge

Ab Seite 16 wurden die Empfehlungen des Vorjahres auf ihre Umsetzung überprüft und mit zusätzlichen aus der Budgetprüfung 2013 ergänzt (Lit. D). Ab Seite 17 finden sich Anträge zur Anpassung der Laufenden Rechnung (Lit. E) und zu den NPM-Zielen und -Indikatoren/Standards (Lit. F).

## B Details zur laufenden Rechnung

### 1. Präsidiales (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	8.1	7.8	7.8
Ertrag	3.9	3.8	3.7
Nettoaufwand	4.2	4.0	4.1

Der gesamte **Personalaufwand** beläuft sich auf CHF 44.25 Mio. (VA12: CHF 42.03 Mio., +5.2%; RE11: CHF 41.13 Mio., +7.6%). Der Personalbestand umfasst 181.05 Vollzeiteinheiten, was gegenüber den Ist-Zahlen 2012 einer Abnahme von 0.5 Vollzeiteinheiten entspricht. Die Kostensteigerung ist u.a. auf die Sanierungsbeiträge für die BVK zurückzuführen (s.u.).

Ein Teuerungsausgleich wird für 2013 voraussichtlich nicht gewährt. Für individuelle Lohnerhöhungen stellt der Stadtrat 1% der Lohnsumme zur Verfügung, was 0.6 Prozentpunkte über den Vorgaben des Kantons liegt. Der Stadtrat möchte mit dieser Erhöhung die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin auf einem im öffentlichen Sektor ausgetrockneten Arbeitsmarkt verbessern. Die Anträge der Abteilungen werden im Personalsekretariat gesammelt, aufbereitet und plausibilisiert, dann dem Stadtrat zur Genehmigung vorgelegt. So wird sichergestellt, dass die zur Verfügung stehende Summe nicht überschritten wird und die Erhöhungen fair vergeben werden. Die Quote wurde in der Vergangenheit öfters nicht ausgeschöpft.

Im Juli 2012 entschied sich der Stadtrat für einen Verbleib in der BVK. Basis für den Entscheid waren Konkurrenzofferten, neutrale Gutachten und Gespräche mit anderen Gemeinden, dem Kanton und der BVK-Leitung. Die Mitarbeitenden wurden ebenfalls einbezogen. Die eingeholten Offerten zeigten kein eindeutiges Ergebnis, ein Auskauf würde – neben dem enormen administrativen Aufwand – CHF 8-10 Mio. kosten und durch den Wechsel wären die Angestellten eher schlechter gestellt.

Die Sanierungsbeiträge betragen insgesamt 5.25%, davon entfallen 1.5% oder CHF 0.33 Mio. auf die Mitarbeitenden. Diesen Beitrag beantragt die Stadt für das Jahr 2013 zu übernehmen, u.a. um auch für neue Arbeitnehmende attraktiv zu sein.

Die Kosten der **Informatik** belaufen sich auf CHF 1.38 Mio., die an die Abteilungen weiterverrechnet werden. Insbesondere fällt der Posten „Ergänzungen und Anpassungen“ von CHF 0.14 Mio. auf (VA12 +74%, RE11 +88%). Realisiert wird erstens eine Sicherheitslösung für mobile Geräte, die den Anforderungen des Datenschutzes besser gerecht wird (sämtliche geschäftlichen Daten werden in einem „Container“ abgelegt, was deren Fernlöschung im Fall eines Geräte-Verlusts ermöglicht). Zweitens wird die E-Mailverschlüsselung den neusten Anforderungen angepasst. Fast die Hälfte des Betrags wird durch die Fallapplikation KLIB in den Sozialen Diensten benötigt, wo ein Technologie-Upgrade unumgänglich ist.

Beim Posten „Unterhalt und Lizenzen“ (CHF 0.22 Mio., VA12 +19%, RE11 +36%) fallen neue Lizenzgebühren für das Disaster Recovery Programm, die neue E-Mail-Verschlüsselung und den Technologieupgrade der Software des Stadtammann- und Betreibungsamts an. Die Wartungskosten (Unterhalt und Lizenzen) lassen sich auf die Kategorien Hardware (16%), allgemeine Software (45%) und Branchenlösungen (39%) aufteilen, von denen in der Stadtverwaltung über 80 verschiedene branchenspezifische Produkte im Einsatz sind. Eine Subkommission der GRPK überwacht seit zwei Jahren die Fortschritte in der Umsetzung der Empfehlungen der IT-Revision aus dem Jahr 2010.

Der Stadtrat veranschlagt die geplante **Kulturgarage** mit einem Beitrag an die Raummiete (VA 13: pro rata temporis CHF 23'000; ca. CHF 40'000 p.a.) und einer Investition von CHF 60'000. Er unterstützt damit eine Initiative der Historischen Gesellschaft und der Freunde des Volkstheaters, welche mit der Idee eines vielseitig nutzbaren Kulturraums an den Stadtrat herangetreten sind.

Die Historische Gesellschaft hat seit der Ablehnung des Ortsmuseums verschiedene Ausstellungen realisiert, die sehr gut besucht waren. Gespräche mit den Ortsmuseen der umliegenden Gemeinden bestätigen den Trend in Wädenswil, dass Wechselausstellungen attraktiv sind, während permanente Museen wenig Besucher anlocken und viel mehr kosten. Die Verwirklichung der Ausstellungen an wechselnden Orten erforderte jedoch einen grossen Aufwand an Freiwilligenarbeit, um die Infrastruktur bereitzustellen. Diese Arbeit kann von der Historischen Gesellschaft im bisherigen Umfang nicht mehr erbracht werden. Aus dieser Situation heraus entstand die Idee der Kulturgarage.

Die Historische Gesellschaft plant, die Kulturgarage 3 bis 4 Monate pro Jahr für Wechselausstellungen zu nutzen. Die Freunde des Volkstheaters würden dort über den Sommer ihre Proben abhalten (5 Monate). Ebenso braucht das Volkstheater neuen Lagerraum. Neben dieser guten Grundauslastung bestünde freie Kapazität für kleinere Konzerte, Anlässe und Ausstellungen. Die Kulturkommission bestätigt den Bedarf an zusätzlichem Kulturraum.

## 2. Finanzen

### 2.1. Finanzen ohne Liegenschaften (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand Total	22.6	21.8	21.7
Ordentl. Steuern I (Rechnungsjahr)	40.7	40.5	42.9
Ordentl. Steuern II (Vorjahre)	12.2	11.4	14.4
Grundsteuern	7.4	6.9	7.9
Finanzausgleich	8.5	6.8	0.0
Übrige Erträge	17.7	18.1	17.8
Ertrag Total	86.5	83.7	83.0
Nettoertrag	63.9	61.9	61.3

Der budgetierte Aufwand von CHF 22.6 Mio. bewegt sich bei den meisten Positionen in derselben Grössenordnung wie im Budget 2012.

Wesentliche Unterschiede treten primär bei den Sozialversicherungen auf. Diese sind CHF 1 Mio. höher budgetiert als im 2012. Gründe dafür sind die Sanierungsbeiträge der Stadt Wädenswil an die BVK von CHF 0.8 Mio. und die geplante Übernahme der BVK Arbeitnehmer-Sanierungsbeiträge durch die Stadt von CHF 0.2 Mio. (für Abteilung Finanzen). Zudem ist zu erwähnen, dass die Beiträge an die Familienausgleichskasse von CHF 0.3 Mio. in den vergangenen Jahren nicht budgetiert wurden.

Die **BVK** rechnet mit einem Sanierungszeitraum von 7 Jahren bis zu einem Deckungsgrad von 100%. Und zwar von 2013-2014 bei einem Deckungsgrad von unter 90% und 2015-2019 von über 90%.

Die ca. 220 betroffenen Arbeitnehmer sind bei einem Deckungsgrad von unter 90% sanierungsbeteiligt mit 1.5% A-Fonds-Perdu der versicherten Löhne sowie einer Minderverzinsung des Kapitals von 0.5% zum BVG-Mindestzinssatz. Der A-Fonds-Perdu-Beitrag macht für die Jahre 2013-2014 CHF 0.7 Mio. aus. Ab einem Deckungsgrad von 90% ist nur noch die Minderverzinsung zu tragen.

Die Arbeitgeber beteiligen sich bei einem Deckungsgrad von unter 90% mit 3.75% der versicherten Löhne und bei einem Deckungsgrad zwischen 90% und 100% mit 2.5%. Für die Jahre 2013-2019 würden der Stadt totale Aufwände (Arbeitgeberbeiträge) von CHF 5.1 Mio. entstehen.

Bei der Abteilung Finanzen ist besonders aufgefallen, dass der Stadtrat am 12. Mai 2003 ein **Zinsabsicherungsinstrument** abgeschlossen hat, um sich gegen steigende Darlehenszinsen abzusichern. Seither sind die Zinsen jedoch stark gesunken.

Abschreibungen (in Mio. CHF)	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Abschreibungen, ordentliche	7.8	7.5	6.5
Abschreibungen, zusätzliche	3.5	4.0	6.5
Abschreibungen, FV, UV, AV	0.4	0.6	0.5
Abschreibungen total	11.7	12.1	13.5

Aufgrund des höheren Abschreibungssubstrats infolge der Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von CHF 17.7 Mio. steigen die ordentlichen Abschreibungen.

Für die budgetierten ‚zusätzlichen Abschreibungen‘ von CHF 3.5 Mio. besteht weder eine gesetzliche noch betriebswirtschaftliche Notwendigkeit. Sie belasten die laufende Rechnung und verfälschen auch die Eigenkapitalsituation. Insbesondere im gebührenfinanzierten

Bereich sind diese zusätzlichen Abschreibungen fragwürdig, nicht zuletzt auch wegen den teilweise sehr hohen Guthaben in den Spezialfinanzierungsfonds.

Der Stadtrat hat entschieden, die bisherige Abschreibungspraxis bis zur Einführung von HRM2 fortzuführen, um den buchhalterischen Grundsätzen der Stetigkeit und Vergleichbarkeit einer Buchhaltung Rechnung zu tragen. Mit Einführung von HRM2 (2015 oder 2016) wird die Vornahme von zusätzlichen Abschreibungen nicht mehr erlaubt sein.

Die Budgetierung der ordentlichen **Steuern** basiert auf den Annahmen des Gemeindeamtes und den Entwicklungen in den Vorjahren. Aufgrund des wirtschaftlichen Umfelds und Fluktuationsgründen (Wegzüge juristischer Personen) wurden die Steuereinnahmen auf Vorjahresniveau budgetiert.

Die ordentlichen Steuern I (laufendes Rechnungsjahr) werden mit CHF 40.7 Mio. um CHF 0.2 Mio. höher budgetiert als im 2012. Die ordentlichen Steuern II (Steuern aus Vorjahren) werden mit CHF 13 Mio. um CHF 0.8 Mio. höher veranschlagt.

Die Grundsteuern bewegen sich auf dem Niveau der Vorjahre. Hier können grössere Geschäfte zu hohen Schwankungen führen.

Aufgrund des „Rüschlikoner-Effekts“ wird der **Finanzausgleich** im 2013 um CHF 1.7 Mio. höher mit CHF 8.5 Mio. budgetiert. Zukünftig ist jedoch wieder mit geringeren Einnahmen aus dem kantonalen Finanzausgleich rechnen.

Aufgrund des von 2.75% auf 2.5% reduzierten Verzinsungssatzes für Spezialfinanzierungen, Sonderrechnungen und Liegenschaften im Finanzvermögen verringern sich die Passivzinsen für diese Positionen um CHF 0.4 Mio. auf neu CHF 1.6 Mio..

## 2.2. Liegenschaften (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	8.9	9.0	8.9
Ertrag	8.8	8.6	8.4
Nettoaufwand	0.1	0.4	0.5

Mit CHF 8.9 Mio. bewegt sich der Aufwand für Immobilien auf dem Niveau der Vorjahre. Der Immobilienertrag ist CHF 0.2 Mio. höher veranschlagt als im Budget 2012. Der Ertrag aus Vermietung und Verpachtung beim Verwaltungsvermögen ist jedoch mit CHF 2.3 Mio. um CHF 0.2 Mio. tiefer budgetiert. Der Grund dafür ist die noch fehlende Erfahrung bei den Schulimmobilien. Die für 2012 budgetierten CHF 2.5 Mio. waren zu hoch angesetzt. Für 2012 wird ein Ertrag von rund CHF 2.3 Mio. erwartet.

Es ist das Ziel, die Immobilienrechnung ausgeglichen zu gestalten. Um dies zu erreichen, muss die interne Flächenverrechnung an die Abteilungen noch vollständig eingeführt werden.

Seit 2011 ist die Immobilienbewirtschaftung in die Abteilung Immobilien integriert und es wird für das WIB-Projekt (Wädenswiler Immobilienbewirtschaftung) keine separate Kontengruppe geführt. Für die Bauteilebewertung der Liegenschaften durch eine externe Firma wurden CHF 60'000 budgetiert.

Der NPM Indikator ‚Die zentrale Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften durch die Dienststelle Immobilien ist bis 2018 abgeschlossen‘ liegt aus Sicht der GRPK zu weit in der Zukunft. Dieses NPM Ziel ist neu zu formulieren.

Am 20. März 2013 wird eine Subkommission der GRPK bei der Dienststelle Immobilien einen weiteren Besuch zum Thema WIB machen.

### 3. Planen und Bauen (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	13.7	12.0	11.7
Ertrag	6.9	7.0	7.5
Nettoaufwand	6.8	4.9	4.2

Im Voranschlag 2013 wird der Öffentliche Verkehr neu bei Planen und Bauen, der Wärmeverbund Eidmatt neu bei den Werken geführt. Bei den Werken werden neu die Energiethemen zentralisiert. Eine Ausnahme bildet der Wärmeverbund Rietliu, der aufgrund der Schnittstellen mit der Kläranlage bei Planen und Bauen bleibt.

Als Entscheidungsgrundlage für die Umstrukturierungen zwischen den Abteilungen Werke und Planen und Bauen wurden durch eine externe Firma einige Szenarien erarbeitet und gerechnet. So können Synergien und einheitliche Verrechnungsgrundsätze bei den Wärmeverbänden Eidmatt und Untermosen genutzt werden.

Hingegen ist der **Öffentliche Verkehr** stark mit dem Tiefbau vernetzt, der die Strassen und Bushaltestellen unterhält. Die ÖV - Kosten werden vom ZVV in Rechnung gestellt. Diese werden nach Steuerkraft und Bevölkerung genau berechnet. Wädenswil trägt zurzeit rund 1% der ZVV-Kosten. Die Abteilung Planen und Bauen hat keinen Einfluss auf die Höhe der Kosten.

Inklusive dem Öffentlichen Verkehr und ohne den Wärmeverbund Eidmatt wird der Aufwand im VA 2013 mit CHF 13.7 Mio. budgetiert. Dieser ist gegenüber dem VA 2012 um CHF 1.7 Mio. höher (+12.4%). Hingegen sind auf der Ertragsseite mit CHF 6.9 Mio. CHF 0.1 Mio. weniger budgetiert als im VA 2012. Die Abweichungen lassen sich teilweise mit der Umstrukturierung der Abteilung erklären.

Die finanzielle Situation betreffend die Holzmoosrütistrasse wird durch eine kantonale Spezialkommission abgeklärt. Trotz dem Streitwert der Gegenpartei von CHF 1 Mio. schätzt der Stadtrat die für die Stadt Wädenswil anfallenden Kosten auf maximal CHF 0.6 Mio..

Die NPM Indikatoren können auf allen Abteilungen im Vergleich der Vorjahre gehalten werden. Speziell zu erwähnen ist das Guthaben ‚Spezialfinanzierung Abwasseranlagen‘. Dieses beläuft sich per Ende 2012 auf rund CHF 5.9 Mio.. Das, obwohl die Grundgebühr um 20% reduziert wurde und nun in der Grössenordnung der anderen Gemeinden liegt.

Im Strassenwesen werden bei Arbeitsüberlastung anstelle von Personalaufstockung Leistungen eingekauft. Der Mehraufwand beim Personal ist vor allem auf die Unterhaltsarbeiten bei den Grün- und Freizeitanlagen sowie den neu offen gelegten Bachläufen zurück zu führen.

Die Verpflichtungskreditkontrolle wird in enger Zusammenarbeit mit der Abteilung Finanzen zeitnah geführt und Projekte werden, wenn immer möglich, vor Ende Jahr abgerechnet.

Der neue Leiter der Abteilung Planen und Bauen setzt einen verbesserten Prozessablauf der Baugesuche um. Es ist vorgesehen, das neue Software-Modul Gemdat Rubin auf April 2013 einzuführen, was Transparenz schaffen wird. Dafür sind in der Investitionsrechnung CHF 0.2 Mio. budgetiert.

Der Umbau der Zugerstrasse ist in Planung. Der Kanton und die Abteilung Planen und Bauen arbeiten bei diesem Projekt eng zusammen.

## 5. Werke (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	24.0	25.8	22.0
Ertrag	24.0	23.7	19.6
Nettoaufwand	0	2.1	2.4

Im Jahr 2013 hat die Abteilung Werke ein beinahe ausgeglichenes Budget. Dies liegt daran, dass der öffentliche Verkehr ab 2013 zur Abteilung Planen und Bauen gehört (Gründe für die Umstellung finden sich im Bericht Planen und Bauen). Der verbleibende Teil der Abteilung Werke finanziert sich über Gebühren.

In den nächsten Jahren steht der Umbau der Hauptsammelstelle an. Ein Projektplan wird 2013 erstellt. Der Bau weiterer Unterflursammelstellen (nur für Kehricht) ist ebenfalls geplant, eine Weisung dazu wird dem Gemeinderat vorgelegt werden. Durch den Umbau der Hauptsammelstelle und den Bau neuer Sammelstellen sollte die Recycling-Quote gesteigert werden können.

Der Biogasanteil konnte massiv gesteigert werden, das vor allem, weil ab dem 1. Oktober 2012 alle städtischen Liegenschaften mit einem Biogas-Anteil von 20% beheizt werden. Es wird angestrebt, im Privatkundensegment den Verkauf von Biogas zu fördern.

Um das Energiestadtlabel Gold bis 2018 zu erreichen, sollen Zwischenziele und ein Finanzierungsplan erarbeitet werden. Dieser sollte bis Mitte 2013 erstellt sein. Der NPM-Indikator wird entsprechend angepasst.

Der **Wärmeverbund Untermosen** muss gemäss den gesetzlichen Vorschriften jährlich 10% vom Restbuchwert der Investition abschreiben (§ 137 Abs. 2 Gemeindegesetz des Kantons Zürich). Die Tarife für die Abnehmer basieren jedoch auf der Basis von betriebswirtschaftlichen Abschreibungen über die geschätzte Lebensdauer der Anlage. Durch diese Inkonsistenz entsteht eine Schuld in der Spezialfinanzierung gegenüber dem steuerfinanzierten Bereich. Jener Saldo dürfte beim heute angewandten System erst 2029 völlig abgetragen sein. Gemäss den Vorgaben zur Rechnungslegung muss der Schuldsaldo jedoch spätestens innert fünf Jahren (bis 2015) ausgeglichen werden, und er darf nicht mehr als die Hälfte des Jahresumsatzes betragen. Die zweite Bedingung wird im Budget 2013 nicht eingehalten. Die GRPK beantragt deshalb, die Anlagen des Wärmeverbunds Untermosen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen abzuschreiben. Die Abteilung Werke schätzt die durchschnittliche Nutzungsdauer der Anlagen auf 20 Jahre. Die künftigen Abschreibungen bemessen sich auf dem voraussichtlichen Restbuchwert per 31. Dezember 2012 (rund CHF 1.30 Mio.), verteilt über die restliche Nutzungsdauer von 18 Jahren (§ 5 der Verordnung über die Abschreibungen nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten BAV). Daraus ergeben sich jährliche Abschreibungen von CHF 72'200 statt der budgetierten CHF 161'100. Der voraussichtliche Schuldsaldo gegenüber dem steuerfinanzierten Bereich vermindert sich entsprechend um CHF 88'900 auf CHF 293'537.

Die GRPK empfiehlt, sämtliche Spezialfinanzierungskonti in der gesamten Abteilung Werke in die Kennzahlen aufzunehmen.

## 6. Sicherheit (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	3.95	3.95	3.65
Ertrag	1.90	1.90	1.90
Nettoaufwand	2.05	2.05	1.75

Der budgetierte Nettoaufwand entspricht dem Budget 2012. Eine grosse Kostenüberschreitung ist aufgrund der Hochrechnung 2012 nicht zu erwarten.

Die höheren Kosten bei der Stadtpolizei werden durch die höheren Besoldungen (Teuerungszuschläge und Stufenanstiege) und Sozialleistungen (Sanierung BVK) verursacht. Die Stadtpolizei hat aktuell eine, per 1. Januar 2013 sogar zwei, vakante Stellen. Auch diese Ausschreibung läuft. Wie schwierig es ist, neue Polizisten zu finden, zeigt sich an der Tatsache, dass eine Stelle immer noch vakant ist, obwohl sie bereits zum zweiten Mal ausgeschrieben wurde.

Diese Mehrkosten können durch Einsparungen im Schiessbetrieb (kleinerer baulicher Unterhalt) und in der Entschädigung der Feuerwehr abgefangen werden.

Die Feuerwehr Wädenswil (und auch Feuerwehren von vier anderen Gemeinden) hatte noch eine alte Entschädigungsabrechnung. Diese wird nun angepasst. In Zukunft wird auf die Pikettstellung für die Mannschaft verzichtet. Im Gegenzug soll der Brandsold in der ersten Stunde auf CHF 60.00 erhöht werden. Dies führt zu Verlagerungen der Kosten innerhalb der Entschädigungen. Diese Umstellung sollte Einsparungen von ca. CHF 0.06 Mio. ergeben.

Weiter muss das 15-jährige Mehrzweckfahrzeug ersetzt werden. Die GVZ beteiligt sich an den CHF 0.09 Mio. mit etwa 45%.

Die definierten NPM-Ziele werden nicht angepasst und erneuert. Der erhöhte Globalkredit für die Stadtpolizei wurde begründet und kann akzeptiert werden.

## 7. Schule und Jugend (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	34.6	32.2	30.0
Ertrag	4.0	3.8	4.1
Nettoaufwand	30.6	28.4	24.9

Die Abteilung Schule und Jugend weist Mehrkosten von ca. CHF 2.2 Mio. aus. Diese Mehrkosten sind zu einem grossen Teil – analog 2012 – dem neuen Finanzausgleichsgesetz zuzuschreiben. Da der Ausgleichsbeitrag aus dem Finanzausgleich nicht auf die einzelnen Abteilungen umverteilt wird, entstehen der Abteilung buchhalterische Mehrkosten.

Der **Lohnkostenanteil** für die Lehrerlöhne, welche die Gemeinde übernehmen muss, beträgt seit dem 1. Januar 2012 80% (bisher 66.8%). Diese Mehrkosten schlagen im 2013 das erste Mal voll zu Buche.

Die folgende Aufteilung zeigt, welche Mehrkosten der Abteilung Schule und Jugend durch diese Änderung entstehen:

Rubrik	80% (CHF Mio.)	66.8% (CHF Mio.)	Mehraufwand (CHF Mio.)
Kindergarten	1.87	1.56	0.31
Primarschule	7.99	6.67	1.32
Schulleitungen	0.68	0.57	0.11
<b>Total</b>	<b>10.54</b>	<b>8.80</b>	<b>1.74</b>

Zusätzlich entfallen Staatsbeiträge von CHF 0.51 Mio. im Bereich der Kindergärten, der Hauswirtschaftlichen Fortbildung sowie bei den Heimversorgungen. Gesamthaft ergibt dies Mindereinnahmen von CHF 2.25 Mio..

Die Sanierung der Beamtenversicherungskasse betrifft auch die Abteilung Schule und Jugend. Die Arbeitgeberbeiträge von 120 Versicherten erhöhen sich von 13.1% auf 16.85%, was ein Plus von CHF 0.13 Mio. bedeutet. Von zusätzlicher Unterstützung bei den Arbeitnehmerbeiträgen profitieren kantonal angestellte Lehrer und Lehrerinnen nicht.

Die Kosten der **Heimversorgungen** steigen kontinuierlich. Das Budget 2013 weist gegenüber dem Vorjahr einen Mehraufwand von CHF 0.58 Mio. auf. Die folgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der Heimkosten über die letzten Jahre:

Jahr	Kosten (CHF Mio.)	Steigerung %
2008	1.33	
2009	1.66	24.8
2010	1.98	19.3
2011	2.15	8.6
2012 (Hochrechnung)	2.55	18.6
2013 (Voranschlag)	2.58	1.2

Bei den Heimversorgungen handelt es sich um gebundene Kosten, die kaum beeinflussbar sind. Der Anstieg der letzten paar Jahre ist vor allem auf das Modell der ‚integrierten Sonderschulung‘ zurückzuführen. Kinder mit z.B. Down-Syndrom oder Autismus werden integrativ gefördert. Wurden diese Kosten in früheren Jahren oft von der IV übernommen, belasten sie nun das Konto Heimversorgungen.

Ein Benchmarking mit anderen vergleichbaren Gemeinden zeigt aber, dass sich Wädenswil im Mittelfeld befindet, was die Kosten für Heimversorgungen betrifft.

Die **Freizeitanlage** weist einen Nettoaufwand von CHF 0.66 Mio. auf. In der vom Gemeinderat verabschiedeten Weisung vom 18. April 2011 ist ein Kostendach von CHF 0.60 Mio. vorgesehen. Der Freizeitanlage wurden aber erstmalig interne Kosten (Mietzinsen, Anteil Versicherungsprämien, Querschnittskosten Buchführung) in der Höhe von CHF 0.04 Mio. verrechnet; diese waren in der Weisung fälschlicherweise nicht enthalten. Ausserdem werden im Jahr 2013 ausserordentliche Kosten für die Sanierung der BVK von CHF 0.01 Mio. anfallen. Zieht man diese Kosten ab, beläuft sich der prognostizierte Nettoaufwand auf ziemlich genau CHF 0.60 Mio.. Schon jetzt ist klar, dass der angestrebte Kostendeckungsgrad von 80% in der Cafeteria nicht erreicht werden kann. Die GRPK schlägt vor, dass dieser nach Rechnungsabschluss 2012 neu festgelegt wird. Anzustreben ist ein um einige Prozentpunkte höherer Wert als die Rechnung 2012 ausweist.

Auch im Konto **Liegenschaften/Aussenanlagen** ist der Nettoaufwand angestiegen. Die budgetierten Mehrkosten betragen gegenüber 2012 CHF 0.33 Mio.. Im Vergleich mit 2011 (d.h. seit der Auslagerung der Dienste in die Abteilung Immobilienbewirtschaftung WIB) steigen die prognostizierten Kosten gar um CHF 0.53 Mio. an. Die Abteilung WIB begründet dies unter anderem mit gestiegenem Unterhaltsaufwand aufgrund von älteren

Baukonstruktionen, mit höherem Bedarf an Betriebs- und Verbrauchsmaterial (verändertes Nutzungsverhalten) sowie mit gestiegenen Sozialleistungen bei den Löhnen.

## 8. Soziales (in Mio. CHF)

### 8.1 Soziales ohne Frohmattbetriebe (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	33.1	31.8	31.3
Ertrag	15.3	15.1	15.6
Nettoaufwand	17.8	16.7	15.7

Aufgrund des auf Bundesebene revidierten Vormundschaftsrechtes wird die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ab 1. Januar 2013 im Zweckverband Soziales Netz Horgen (SNH) geführt. Dies entlastet das Konto „Besoldungen“ um CHF 0.30 Mio., resp. belastet „Beiträge“ um CHF 0.62 Mio.. Im SNH wird eine fachlich kompetente, interdisziplinäre „Profi-Behörde“ aufgebaut, welche uns in Zukunft stärker finanziell belasten wird als jene, welche in der Gemeinde geführt wurde.

**Sozialversicherung:** Grundsätzlich ist mit einer kontinuierlichen Kostensteigerung zu rechnen. Dies aufgrund der höheren Lebenserwartung, der medizinischen Versorgung, der längeren Aufenthalte in Pflegeinstitutionen sowie der steigenden Pflegekosten. Langfristig könnte sich der Trend noch verstärken, da eher mit einem Abbau des Leistungsniveaus der zweiten Säule zu rechnen ist. In den unteren Einkommensklassen müssen diese zum Teil durch Zusatzleistungen kompensiert werden.

„Wädi rollt“ wird im neuen Velohaus weiter rollen und das Aufgabenspektrum erweitern können. In Absprache mit der SBB wird vorgesehen, eine bewachte Velostation unterzubringen und „Wädi rollt“ als Gratisverleih und zur Bewachung der Örtlichkeiten einzusetzen.

**Soziale Dienste:** Seit der Aufstockung des Stellenplans im Jahr 2011, welcher im 2012 kostenwirksam wurde, wurden keine weiteren Stellen bewilligt. Eine Mitarbeiterin ist jedoch sehr lange krankheitsbedingt ausgefallen. Es musste daher eine Springerin eingesetzt werden, was zu Mehrkosten in der laufenden Rechnung führte. Diese Situation wird bis ins 1. Quartal 2013 andauern.

Querschnittskosten IT: Die derzeitige Fallapplikation KLIB ist technologisch sehr veraltet. Im nächsten Jahr ist die Einführung der neuen KLIB Fallapplikation geplant, was zu einmaligen Mehrkosten von rund CHF 0.06 Mio. führt.

**Beiträge:** Gestützt auf Anweisung des Kantonalen Sozialamtes dürfen Platzierungskosten in Heimen nicht mehr über die wirtschaftliche Hilfe nach Sozialhilfegesetz abgerechnet werden. Sie gelten als Beiträge und müssen separat budgetiert werden. Die Praxisänderung ist per 1. Januar 2013 zu vollziehen. Die „Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe“ wurde entsprechend tiefer budgetiert. Netto entstehen jedoch gegenüber früher Mehrkosten, weil auf den Leistungen kein Staatsbeitrag mehr ausgerichtet wird und weil die Leistungen auch nicht mehr im Rahmen des Zuständigkeitsgesetzes ZUG des Bundes und des Sozialhilfegesetzes weiterverrechnet werden können.

Die höheren Auslagen bei den Kinderkrippen resultieren aus der Umsetzung der Volksabstimmung vom 23. September 2012. Zum heutigen Zeitpunkt ist jedoch noch nicht vereinbart, welche Betreuungsinstitutionen wie viele subventionierte Plätze zur Verfügung

stellen. Die konkreten Beiträge an die einzelnen Krippen können erst ermittelt werden, wenn die Anzahl subventionierter Plätze, welche die Krippe anbieten, vereinbart wurden.

**Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe:** Grundsätzlich geht die Sozialabteilung von einer stabilen Fall- und Kostenentwicklung für das nächste Jahr aus.

## 8.2. Frohmattbetriebe (Alterssiedlungen, Kranken- + Altersheim) (in Mio. CHF)

	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Aufwand	15.1	14.1	13.2
Ertrag	13.7	11.2	10.2
Nettoaufwand	1.4	2.9	3.0

Im Jahr 2013, welches weiterhin als Umbaujahr gilt, können 107 Betten zur Verfügung gestellt werden. Davon sind 35 Personen im Altersheim untergebracht, die übrigen verteilen sich auf zwei Wohngruppen: 44 Bewohner in Demenz- und 28 Personen in der Pflegewohngruppe. Diese Zahl entspricht 100%. Aufgrund von Erfahrungen im Umbaujahr und infolge Behebung eines Baufehlers im Bodenbelag des dritten Stocks von Haus 2 wurde mit einer Bettenbelegung von 97% gerechnet. Der Anteil mittel bis schwer pflegebedürftiger Bewohner beträgt 70% und beeinflusst damit die „Besoldungen“ massgeblich. Im Konto „Pflegepersonal“ wird mit einer Erhöhung von CHF 0.59 Mio. auf CHF 5.59 Mio. gerechnet. Aus sicherheitstechnischen Gründen wird eine vierte Nachtwache eingesetzt.

Beim „Medizinischen Aufwand“ zeichnet sich der demographische Wandel „ambulant vor stationär“ ab. Menschen, welche heute in die Frohmatt eintreten, sind in der Regel wesentlich pflegebedürftiger und weisen hochkomplexe Krankheitsbilder auf. Dies führt neben dem erhöhten Pflegeaufwand auch zu stark steigenden Kosten in den Konten „Heilmittel und Chemikalien“ (+CHF 0.04 Mio.) und „Instrumente, Utensilien“ (+CHF 0.08 Mio.), welche mit den Einnahmen aus Konto „Medikamente“ neutralisiert werden.

Für Anschaffungen in Zusammenhang mit dem Neubau wird ein Betrag von CHF 0.1 Mio. eingeplant.

Der **Haushaltsaufwand** nimmt um CHF 0.03 Mio. zu. Der Verbrauch an Textilien, Textilienersatz, Wasch- und Reinigungsmittel nimmt stark zu, wegen der veränderten Bewohnerstruktur. Die Wäsche muss aus hygienischen Gründen häufiger gewaschen werden und ist in kürzerer Zeit abgenutzt und kaputt. Diese Berufswäsche muss dadurch schneller ersetzt werden als jene, welche im privaten Bereich eingesetzt wird.

Aufwand für Energie und Wasser: Das Konto „Flüssige Brennstoffe“ wurde in der Rechnung 2011 mit CHF 64'012 belastet und im Voranschlag 2012 mit CHF 0 (Null) budgetiert. Im Voranschlag 2013 wird es in „Brennstoffe / Holzschnittel“ umbenannt und weist CHF 210'000 als Aufwand auf. Dieses Konto beinhaltet Jahresgesamtkosten des Wärmeverbundes Untermosen-Frohmatt, und zwar Kapital-, Betriebsfolgekosten, sowie Energie- und Entsorgungskosten des Contractors, wie auch Kapitalfolgekosten baulicher Anlagen (durch die Stadt erstellt). Die Umbenennung hat in der GRPK Verwirrung gestiftet und sollte nach Möglichkeit in „Kapital-, Betriebs- und Energiekosten Wärmeverbund Untermosen“ umbenannt werden.

Nach der Eröffnung des neuen Hauses im Dezember 2012 und der Einführung der neuen **Taxordnung** sowie unter der Berücksichtigung der Vorschriften der Pflegefinanzierung werden die Bewohnenden im Durchschnitt 18% mehr bezahlen müssen. Die Geschäftsleitung hat Preisvergleiche mit Heimen in gleicher Grösse und in näherer

Umgebung gemacht und der Preisstruktur der neuen Frohmatt gegenübergestellt. Anhand dieses Benchmarks konnte festgestellt werden, dass der Betrieb gut aufgestellt und mit anderen Heimen konkurrenzfähig ist. Die neue Taxordnung liegt beim Stadtrat und muss genehmigt werden.

Es wird davon ausgegangen, dass die **Cafeteria Hallenbad** ein weiteres Jahr keine ausgeglichene Rechnung präsentieren kann. Der Fehlbetrag beläuft sich auf voraussichtlich CHF 0.02 Mio.. Die Tageseinnahmen sind sehr schwankend, weshalb eine Zusammenarbeit mit Vereinen angestrebt wird. Dadurch kann die Anzahl Besucher vergrössert und konstanter gehalten werden.

## 9. **Gesundheit** (in Mio. CHF)

	<b>Budget 2012</b>	<b>Budget 2011</b>	<b>Rechnung 2010</b>
Aufwand	7.9	7.7	10.1
Ertrag	1.6	1.5	2.0
Nettoaufwand	6.3	6.2	8.1

Der Nettoaufwand steigt um ca. CHF 0.15 Mio. Dies ist vor allem auf die stetig steigenden Kosten der Spitex, Einführung des Ärztetelefon und der Erhöhung des Beitrages IWS zurückzuführen.

Das Ärztetelefon ist 2013 das erste Mal für das ganze Jahr im Einsatz. Die Kosten für diese Dienstleistung betragen CHF 2.19 pro Einwohner. Im Gegenzug können die Einwohner ohne weitere Kosten diese Dienstleistung in Anspruch nehmen.

Die IWS erhält nach der Anpassung einen jährlichen Beitrag von CHF 0.21 Mio.. Diese Beiträge teilen sich wie folgt auf:

CHF	180'000	Jugendförderung
CHF	13'000	Sportlerehrung
CHF	4'000	Hallenkoordinator
CHF	16'000	Reserve und Einsatz eines allfälligen Sportkoordinators

Es stellt sich die Frage, ob eine Abteilung eine Position für Reserve oder Unvorhergesehenes budgetieren soll.

In der Investitionsrechnung wird ein Betrag von CHF 0.55 Mio. für die Sanierung der Lüftung aufgeführt. Die aktuelle Lüftung stammt aus dem Baujahr des Hallenbades und genügt den gesetzlichen Anforderungen nicht mehr. Mit der neuen Lüftung sollte der Energieverbrauch des Hallenbades reduziert werden können. Da es sich hier um gebundene Ausgaben handelt, wird es für diese Investition keine Weisung geben.

## C Investitionsrechnung und Abschreibungen (in Mio. CHF)

### Verwaltungsvermögen

Investitionsrechnung	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Ausgaben	19.8	21.6	22.0
Einnahmen	1.5	1.8	6.4
Nettoinvestitionen	18.3	19.8	15.6

Abschreibungen	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
ordentlich	7.7	7.5	6.5
zusätzlich	3.5	4.0	6.5
Total	11.2	11.5	13.0

### Finanzvermögen

Investitionsrechnung	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
Ausgaben	0.1	2.2	0.5
Nettoinvestitionen	0.1	2.2	0.5

Abschreibungen	Budget 2013	Budget 2012	Rechnung 2011
ordentlich	0.0	0.3	0.1
Total	0.0	0.3	0.1

Die Abteilungen wurden angehalten, nur entscheidungsreife, ausführbare Investitionsprojekte zu budgetieren. Eine Analyse der Budgetabweichungen zeigt eine positive Tendenz. Die Hochrechnung 2012 rechnet mit einer Abweichung von -10.5% bzw. minus CHF 2.1 Mio. der Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen gegenüber Budget 2012.

Zum Vergleich:

Rechnung 2011:	Abweichung CHF 4.8 Mio. (-23.5%)
Rechnung 2010:	Abweichung CHF 6.0 Mio. (-43.1%)
Rechnung 2009:	Abweichung CHF 7.7 Mio. (-40.1%)
Durchschnitt 2003-2012:	Abweichung CHF 3.7 Mio. (-22.6%)

Die Führung der Verpflichtungskreditkontrolle wird momentan durch den Leiter Finanzen neu aufgestellt. Er ist in engem Kontakt mit den verschiedenen Abteilungen, um die Verpflichtungskredite auch zeitnah nachzuführen.

Die geplanten Bruttoinvestitionen von CHF 19.8 Mio. beinhalten Ausgaben von insgesamt CHF 1.2 Mio. für die Oberstufenschulgemeinde Wädenswil Schönenberg Hütten (OSW) (CHF 0.2 Mio. Projektierungskredit für die vorgesehene dritte Umbauetappe im Schulhaus Steinacher sowie CHF 1.0 Mio. für den geplanten Neu- und Ersatzbau des Schulhauses Fuhr/Rotweg). Jene Ausgaben sind richtigerweise in der Investitionsrechnung abgebildet worden, bedeuten wirtschaftlich aber eine amortisations- und zinspflichtige Vorfinanzierung für Vorhaben der OSW.

Die OSW sieht vor, die im Jahr 2011 getätigten Investitionen von CHF 0.89 Mio. für die Erweiterung und den Ausbau der Lehrerarbeitsräume im Jahr 2013 um CHF 0.45 Mio. zu amortisieren. Die Einnahmen aus der Investitionsrechnung sind somit um CHF 0.45 Mio. zu tief und die Abschreibungen um CHF 0.05 Mio. (10%) zu hoch budgetiert worden. Die GRPK verzichtet diesbezüglich auf eine Budgetanpassung, da die Abweichung in Relation zu den Gesamtinvestitionen unwesentlich ist.

Die Bruttoinvestitionen von CHF 19.8 Mio. in das Verwaltungsvermögen lassen sich grob wie folgt unterteilen:

	Mio. CHF
Vom Gemeinderat noch zu bewilligende Ausgaben	2.1
Neu- und Ersatzbau Oberstufenschule Fuhr/Rotweg CHF 1.0 Mio., Investitionsbeitrag Theater Ticino CHF 0.15 Mio., Sanierung Hauptplatz Beichlen CHF 0.83 Mio.; Sanierung Lehrschwimmbekken Steinacher (1. Teil) CHF 0.1 Mio.	
In Urnenabstimmungen genehmigte Ausgaben	7.8
Kranken- und Altersheim Frohmatt CHF 6.50 Mio. und Velohaus CHF 1.3 Mio.	
Gebundene Ausgaben für Projekte von CHF 0.4 Mio. und mehr	6.3
Lüftungssanierung Hallenbad CHF 0.5 Mio., Erneuerung von Gemeindestrassen CHF 0.4 Mio., Beitrag Holzmoosrütistrasse CHF 0.6 Mio., Werkleitungen Wasserversorgung CHF 1.8 Mio., Kanalsanierungen CHF 1.4 Mio., Werterhaltungsmassnahmen ARA CHF 0.7 Mio., Hochwasserschutz CHF 0.4 Mio., Unterführung Gerbestrasse CHF 0.5 Mio.	
Weitere Projekte unter CHF 0.4 Mio.	3.6
<b>Total Bruttoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen</b>	<b>19.8</b>

Wie schon in den Vorjahren mehrmals und ausführlich erläutert, führt die bisherige Budgetierung zusätzlicher Abschreibungen nicht nur zu verfälschten Abschlüssen, sondern auch zu manipulierten Spezialfinanzierungssalden, intransparenten Grundlagen für die Gebührenberechnung und verfälschten Messgrössen von NPM-Indikatoren. Bei der Verabschiedung des Voranschlags 2012 hat die GRPK deshalb festgehalten, dass sie dem Gemeinderat eine Korrektur beantragen würde, falls erneut Zusatzabschreibungen ins Budget aufgenommen werden. Die GRPK setzt diese Absicht nun um und beantragt dem Gemeinderat, die budgetierten Zusatzabschreibungen und die Veränderungen der Spezialfinanzierungen sowie einen NPM-Indikator anzupassen.

## D Empfehlungen der GRPK

Die GRPK hat die Umsetzung der bei der Budgetprüfung 2012 formulierten Empfehlungen und Pendenzen überprüft und nimmt dazu wie folgt Stellung

Empfehlung der GRPK VA 2012	Beurteilung und Massnahmen
1. Sollte das Budget 2013 wieder Zusätzliche Abschreibungen aufweisen, wird die GRPK eine entsprechende Korrektur beantragen.	Zusätzliche Abschreibungen wiederum budgetiert, daraus resultieren Anträge E.1 und E.2.
2. Die GRPK stellt fest, dass die „Detail-/Kurz-begründungen zu den Abweichungen“, welche mit dem Voranschlag verschickt werden, zum Teil wenig aussagekräftig, in einigen Fällen sogar irreführend sind. Da diese Kurzbegründungen ein wichtiges Arbeitsinstrument sind, erfordern sie einen höheren Detaillierungsgrad sowie eine sorgfältigere Formulierung.	Es wurden Verbesserungen festgestellt.
3. Budgetierte Ausgaben mit Genehmigungsvorbehalt des Gemeinderats oder der Urne müssen künftig klar gekennzeichnet werden.	Die betroffenen Budgetpositionen gehen aus dem Voranschlag immer noch nicht hervor.
4. Erarbeitung eines ganzheitlichen Konzepts betreffend NPM und vollständige Definition der Leistungsaufträge im Zusammenhang mit der möglichen flächendeckenden Einführung von NPM gemäss Postulat der GRPK.	Umsetzung pendent, Arbeitsgruppe mit Vertretern von GRPK, Stadtrat und Verwaltung ist initialisiert.
5. Konzeption und Einführung eines abteilungsübergreifenden Controllings gemäss Postulat der GRPK.	Umsetzung pendent, Arbeitsgruppe mit Vertretern von GRPK, Stadtrat und Verwaltung ist initialisiert.
6. Vertretung der Abteilung Finanzen und Controlling bei der Vorbereitung und Umsetzung von grösseren Investitionsvorhaben.	Umsetzung pendent, Arbeitsgruppe mit Vertretern von GRPK, Stadtrat und Verwaltung ist initialisiert.
7. Erarbeitung einer Entschädigungsvereinbarung (Querschnittskosten) zwischen der WIB (Facility Management) und den Abteilungen.	Servicevereinbarungen pendent, Überwachung durch die GRPK im Rahmen des Projektfortschritts WIB (Wädenswiler Immobilienbewirtschaftung).
8. Überprüfung der Gewinnbeteiligung der Gasversorgung zugunsten des steuerfinanzierten Bereichs auf ihre Berechnungsgrundlagen und ihre Rechtmässigkeit.	Angelegenheit erledigt. Der Beitrag ist eine Konzessionsabgeltung für Durchleitungsrechte auf Gemeindegebiet zugunsten des steuerfinanzierten Bereichs.

Anlässlich der diesjährigen Budgetprüfung ergeben sich folgende zusätzliche Empfehlungen:

1. Überprüfung der Umsetzung des Internen Kontrollsystems (IKS)
2. Überprüfung des Mandats für die finanztechnische Prüfung
3. Behördliche Abschiede (letzte Seite von Voranschlag und Rechnung) sind als Antrag und nicht als Beschluss zu formulieren.

## E Anträge der GRPK zum Voranschlag

- E.1 Die einstimmige GRPK beantragt die Streichung der Zusatzabschreibungen von insgesamt CHF 1'473'043 auf dem Verwaltungsvermögen im gebührenfinanzierten Bereich und entsprechende Erhöhung der Spezialfinanzierungskonti der gebührenfinanzierten Bereiche.
- E.2 Die Mehrheit der GRPK beantragt die Streichung der Zusatzabschreibungen von CHF 2'000'000 auf dem Verwaltungsvermögen im steuerfinanzierten Bereich.  
Eine Minderheit der GRPK beantragt, diese Zusatzabschreibungen zu belassen.
- E.3 Die einstimmige GRPK beantragt die Umstellung auf die betriebswirtschaftliche Abschreibungsmethode beim Wärmeverbund Untermosen.

Bisher	562 3930.56 Ordentliche Abschreibungen CHF 161'100	562 4800.00 Entnahme Spezialfinanzierung CHF 120'151
Antrag	562 3930.56 Betriebswirtschaftliche Abschreibungen CHF 72'200	562 4800.00 Entnahme Spezialfinanzierung CHF 31'251

### E.4 Kürzung Beitrag IWS

Die Mehrheit der GRPK beantragt, das Konto 940 3650.04 Beitrag IWS um CHF 16'000 auf CHF 17'000 zu kürzen.

### E.5 Antrag Kulturgarage

Eine Minderheit der GRPK beantragt, die Konti 162 3650.01 „Betriebsbeitrag Kulturgarage“ mit CHF 23'000 und 300 5650.00 „Investitionsbeitrag Kulturgarage“ mit CHF 60'000 speziell zu kennzeichnen und dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen.

### E.6 Sanierung BVK

Die einstimmige GRPK beantragt, die budgetierten BVK-Sanierungsbeiträge der versicherten Arbeitnehmenden von rund CHF 330'000 auf rund CHF 130'000 zu kürzen. Berechtigt sind Arbeitnehmende bis zu einem maximalen Bruttolohn von CHF 83'520 (= koordinierter Jahreslohn) pro Vollzeiteinheit (100%).

## F Anträge der GRPK zu NPM

### Abteilung 22, Immobilien

	Ziele	Indikatoren / Standards
bisher	Die zentrale Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften durch die Dienststelle Immobilien ist bis 2018 abgeschlossen	Daten mit Tool erfasst; Rechnungslegung für Benchmark möglich
neu	Bis Ende 2013 sind die Bauteile der zentral geführten Gebäude (116 Gebäude Dienststelle Immobilien, 51 Gebäude Schule und Jugend, 18 Gebäude Alters + Krankenhaus Frohmatt, 1 Gebäude Sicherheit und Gesundheit) im Vitruvius bewertet	Gebäudedaten und Gebäudehistorie sind systematisiert
	Ab Januar 2014 Start Unterhaltsplanung der zentral geführten Gebäude im Vitruvius	Die Bauteile der zentral verwalteten 186 Liegenschaften sind bewertet und im Vitruvius erfasst. Wertvermehrende bauliche Massnahmen werden zeitnah im Vitruvius nachgeführt.
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ab 2015 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Krankenhaus- und Pflegeheim Frohmatt (18 ohne Spezialbauten) zentral geführt</li> <li>• Ab 2016 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Werke (5 ohne Spezialbauten) zentral geführt</li> <li>• Ab 2017 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Planen und Bauen (8 ohne Spezialbauten) zentral geführt</li> <li>• Ab 2018 Gebäudebewirtschaftung der Liegenschaften Sicherheit und Gesundheit (18 ohne Spezialbauten) zentral geführt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Gebäude und Bauteile sind im Vitruvius erfasst und bewertet</li> <li>• Die FIBU sowie die Kostenrechnung ist nachgeführt</li> <li>• Der Geräte und Maschinenpark ist inventarisiert</li> <li>• Das Objektpflichtenheft sowie die Anstellungsbedingungen der Mitarbeiter sind harmonisiert</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ab 2018 werden die internen Flächen via Querschnittskosten den jeweiligen Abteilungen verrechnet</li> <li>• Bis 2018 Harmonisierung der Prozesse und Verträge</li> <li>• Ab 2018 wird die Investitionsplanung der zentral geführten Gebäude im Vitruvis gemacht.</li> <li>• Bis 2018 ist die zentrale Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften durch die Dienststelle Immobilien abgeschlossen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die internen Flächen sind nach Nutzungsart differenziert und aufgenommen</li> <li>• Die Prozesse und Verträge sind zentral hinterlegt und zeitnah nachgeführt.</li> <li>• Die Immobilienstrategie ist verabschiedet</li> <li>• Rechnungslegung für Benchmark möglich</li> </ul>

#### Abteilung 51, Erdgasversorgung

	<b>Ziele</b>	<b>Indikatoren / Standards</b>
bisher	Steigerung des Biogasanteils im Erdgas-Wärmemarkt	Biogas-Produkte anbieten.
neu	Steigerung des Biogasanteils im Erdgas-Wärmemarkt	Erhöhung der Anzahl Bezüger im Privatkundensegment mit einem Biogasanteil auf total 100 bis Ende 2013 und auf total 200 bis Ende 2015

#### Abteilung 52, Wasserversorgung

	<b>Ziele</b>	<b>Indikatoren / Standards</b>
bisher	Das Verwaltungsvermögen soll mittelfristig auf 3.0 Mio. Franken gehalten werden	Maximal 3.5 Mio. Franken; eine höhere Verschuldung muss via Grundgebührenerhöhung abgebaut werden
neu	Kostendeckender und wirtschaftlicher Betrieb der Wasserversorgung	Ausgeglichene Wasserrechnung im Durchschnitt der letzten zehn Jahre

#### Abteilung 54, Entsorgung und Recycling

	<b>Ziele</b>	<b>Indikatoren/Standards</b>
bisher	-	-
neu	Hohe Recyclingquote	Nach dem abgeschlossenen Umbau der Hauptsammelstelle soll eine Recyclingquote von 60% angestrebt werden

#### Abteilung 56, Energiedienstleistungen

	<b>Ziele</b>	<b>Indikatoren/Standards</b>
bisher	Erreichen des Energiestadt-Goldlabels	2018
neu	Erreichen des Energiestadt-Goldlabels	Ausarbeitung einer Weisung zuhanden des Gemeinderates im Jahre 2013 zwecks Umsetzung bis 2018

## G Schlussantrag der GRPK

Die Mitglieder der GRPK beantragen, den Voranschlag der politischen Gemeinde für das Jahr 2013 inklusive Leistungsaufträge mit Globalkredit der NPM-Abteilungen - unter Berücksichtigung der Abstimmungen zu den Anträgen der GRPK und zum Steuerfuss - zu genehmigen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission  
des Gemeinderates Wädenswil



Christina Zurfluh Fräfel  
Präsident der GRPK



Karin Pfister  
Sekretärin

Wädenswil, 26. November 2012